



UNSERE MEINUNG

Moers, im Februar 2006

Ernährungs- und Hauswirtschaftsbildung in Schulen

Hauswirtschaft muss Pflichtfach an allen allgemeinbildenden Schulen werden. Um das sicherzustellen, müssen die Studienstandorte für die Lehrerausbildung in Haushalts- und Ernährungswissenschaften erhalten und ausgebaut werden. Der Ausbildungsgang darf nicht von nordrhein-westfälischen Hochschulen verschwinden.

Wir bringen uns als außerschulischer Partner mit Projektunterricht rund um Ernährung und Hauswirtschaft ein. Dies soll im doppelten Sinne des Wortes nicht umsonst sein. Nicht umsonst für die Kinder und auch nicht umsonst für unsere Landfrauen. Denn mit diesen Maßnahmen sollen auch Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden. Nutzen Sie Ihre Netzwerke und kommunizieren Sie als „Volksvertreter“, wie wichtig und geldwert diese Leistungen der Landfrauen sind.

Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum

Unsere über 50.000 landwirtschaftlichen Betriebe und rund 13.000 Gartenbaubetriebe bilden zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen eine der wichtigsten - und in hohem Maße standorttreuen Wirtschaftsbranchen in Nordrhein-Westfalen. Um dieses „Faustpfand“ des ländlichen Mittelstands zu erhalten, müssen die Rahmenbedingungen in unserem Land passen.

Die Ausweisung von Landschaftsschutz- und Wasserschutzgebieten darf nicht übertrieben werden. Wir wollen so schonend wie möglich mit natürlichen Ressourcen umgehen, aber der Produktionsfaktor „Boden“ ist nicht vermehrbar. Schon jetzt sind Anbauflächen knapp und landwirtschaftliche Grundstücke in NRW fast dreimal teurer als im Bundesdurchschnitt.

Unsere Obst- und Gemüsebauern beschäftigen seit Jahren während der saisonalen Arbeitsspitzen vor allem Erntehelfer aus Osteuropa. Wiederholte Versuche die Arbeiten durch deutsche Langzeitarbeitslose verrichten zu lassen, sind dramatisch fehlgeschlagen. Eine zwangsweise Verpflichtung von Arbeitslosen lehnen wir entschieden ab.

Bürokratie ist unproduktiv. Es ist gut, dass die Landesregierung einiges zur Verwaltungsverschonung und zum Bürokratieabbau unternommen hat, aber die Umsetzung in den Kreisen funktioniert noch nicht allseits zufriedenstellend.

Um attraktive und lebendige ländliche Räume in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, setzen wir auf unternehmerische Initiativen, die neue wirtschaftliche Standbeine schaffen. Die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude - gerade auch im Außenbereich - muss stärker unterstützt werden.

Bildung erhält und schafft Arbeitsplätze! Die geplante Kürzung der Landesmittel für Weiterbildung halten wir für nicht richtig. Die neuen Bildungsschecks können die Kürzung nicht ausgleichen. Weiterbildungsmaßnahmen zum Haushaltsmanagement im Landesweiterbildungsgesetz als nicht förderfähig einzustufen, ist nicht nachvollziehbar.

Family-Mainstreaming

Die Familienpolitik muss stärker als bisher als Querschnittsaufgabe im Sinne eines Family Mainstreamings verstanden werden. Die Belange und Interessen der Familien müssen in Entscheidungen auf allen Politikfeldern berücksichtigt werden.